

Milobader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.80 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1.86 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Dr. G. H. bei der Oberamtskanzlei Reutlingen, Reutlingen. — Druck: Enztal-Druckerei & Co., Wildbad; Kreisdruckerei G. H. bei der Oberamtskanzlei Reutlingen, Reutlingen. — Postfach 20174 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil bis einpaltig 46 mm breite Zeilenmeterzeit 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Restteil bis 90 mm breite Zeilenmeterzeit 12 Pf. — Substanz nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rücksichtswägung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor G. H. Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 38, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 262 Fernruf 479 Freitag den 9. November 1934 Fernruf 479 69. Jahrgang

Zum 9. November

Von Dr. Wilhelm Fried, Reichsleiter der NSDAP.
NSR. Das Jahr 1923 war erfüllt mit unerhörten seelischen Spannungen im Leben des deutschen Volkes. Gleich zu Beginn dieses Schicksalsjahres besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet. In ungeahnter Geschwindigkeit setzte die Inflation ein und vernichtete nicht nur den Rest aller Ersparnisse des ganzen Volkes, sondern brachte auch die Sicherheit jedes einzelnen ins Schwanken. Der Nahrungsmittelnot des Krieges folgte die Zeit der Geldnot, die mit ihrem rasenden Tempo die letzten Reste der Ordnung auflöste. Eine Verzweiflungstimmung hatte die Massen des Volkes ergriffen und trieb sie auf die Straße zum offenen Bürgerkrieg: Ganz Deutschland schien das Opfer innerer Zersetzung zu werden.
Dieses Jahr war die Zeit, in der sich die separatistischen Bewegungen an allen Ecken und Enden regten, in der der Kommunismus ebenso wie die partikularistischen Kräfte ihre Zeit für gekommen hielten. In diesem Jahr wuchs aber auch die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers in München und Bayern zu einer großen Macht heran.
Der Führer sah sich einer Lage gegenüber, die ihn zu einer entscheidenden Tat herausforderte. Die Not der Massen, denen keine Hoffnung auf friedliche Lösung ihres Elends mehr möglich schien, die neu aufflackernden marxistischen Revolten, der leidenschaftliche Wille des Widerstandes gegen nationale Schmach und Wirtschaftsnot im eigenen Lager — sie alle drängten zur Entscheidung.
Im Hintergrund lauerten Kräfte in Bayern, die die Not des Reiches für ihre alten Pläne auszunutzen gedachten. Die Mainlinie begann ein politischer Begriff erster Ordnung zu werden. Der Süden sollte vom Norden getrennt, das Reich zerprengt werden. Monarchistische Planemacher und Ränke schmiedeten machten sich breit und kräfteten sich offen und schamlos der Gunst aller Feinde des Reiches. Im Frühjahr 1923 schien Bayern am Rande einer monarchistischen Restauration zu stehen. Jeder Tag konnte Entscheidungen bringen, die die endgültige Zerschmetterung des Reiches bedeuteten.
In diesen Tagen entschloß sich der Führer, die reichsfeindlichen Pläne zu verhindern, indem er sich selbst und seine Bewegung in die Bresche warf. So kam es zu den Ereignissen vom 8. und 9. November 1923 in München, die zwar mit der blutigen Niederschlagung der Bewegung und der Entfesselung des Führers und seiner Getreuen endeten, die aber doch schließlich zum Sieg führen sollten.
Zum zweitenmal in der deutschen Geschichte war ein 9. November zum Tag tiefer nationaler Erniedrigung geworden. Dem 9. November 1918, an dem Landesverräter und Meuterer alle Opfer und Siege der deutschen Heere des Weltkrieges schmählich zunichte machten, folgte fünf Jahre später der zweite 9. November, an dem Deutsche gegen Deutsche am Odeonsplatz in München einander gegenüberstanden, und die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers blutig niedergeworfen wurde.
Wenn wir uns heute dieser düsteren Tage im Leben der Nation erinnern, dürfen wir mit aufrechtem Stolz bekennen, daß gerade die Schmach dieser Ereignisse es war, die den deutschen Menschen nicht rasten und ruhen ließ, das Schicksal der deutschen Nation zu wenden.
So sind die Blutopfer, die in den grauen Novembertagen nutzlos gebracht schienen, doch nicht sinnlos geblieben. Aus dem Opfer der Helden des Weltkrieges und der Toten vom Odeonsplatz entstieg der Nation die reinigende Kraft zur Befreiung. Hier liegen die Wurzeln der großen Bewegung, die die Schande der Vergangenheit hinwegwuschte und aus einem Volk, das zum Untergang reif, aus einem Staat, der bis in die Grundfesten zermürbt und krank schien, eine Nation und ein Reich der Sauberkeit und der Ehre schuf.
Das Vermächtnis der Gefallenen des Weltkrieges und der Toten am 9. November ist erfüllt. Das Reich ist wieder ein Staat der Deutschen. Die Inschrift der Gedentafel in der Feldherrnhalle zu München trägt mit Recht die stolzen Worte:
„Und Ihr habt doch gesiegt!“

Kabinettskrise in Paris

Doumergues Rücktritt vom Kabinett der „Union Nationale“
Der Zusammenbruch des politischen Verjachs, der im Februar dieses Jahres mit der Bildung des Kabinetts Doumergue unternommen wurde, war entschieden, als die radikalsozialen Minister unter Führung von Herriot ihre Demission überreichten und damit der Regierung die parlamentarische Mehrheitsgrundlage entzogen, die sie zunächst mindestens für die Bewilligung der drei Budgetzwölftel brauchte. An diese Bewilligung aber hatte Doumergue die Vertrauensfrage geknüpft, d. h. er hatte das Schicksal seiner Regierung mit dieser an sich technischen und nicht grundsätzlichen Angelegenheit, die in der französischen Parlamentsgeschichte zahlreiche Vorgänger hat, verbunden. Der Grund dafür ist natürlich darin zu suchen,

Tagespiegel.

Da im Pariser Kabinett mit den Radikalen keine Einigung über die Verfassungsreform zustandekam, trat das Kabinett Doumergue zurück.
Der französische Staatspräsident hat nach Ablehnung der Kabinettsbildung durch Laval den bisherigen Minister Lalande beauftragt.
Der demokratische Wahlsieg in den Vereinigten Staaten hat Präsident Roosevelt in Senat und Kongress eine starke Zweidrittelmehrheit gebracht.
Die italienische Presse bestätigt nach den römischen Besprechungen des ungarischen Ministerpräsidenten die enge Zusammenarbeit von Italien und Ungarn.
In Mexiko geht der Kampf gegen die katholische Kirche in verschärfter Form weiter. Kirchenschließungen, Ausweisungen von Bischöfen und Verbrennen der Heiligenbilder sind an der Tagesordnung.

Daß Doumergue unter allen Umständen den Weg für den raschen Zusammentritt der Nationalversammlung freimachen und lange Etatsdebatten verhindern wollte. Der Staatspräsident Lebrun hat am Dienstag persönlich die radikalsozialen Minister bemogen, ihren Rücktritt noch nicht zu publizieren. Die Krise ist dann aber am Donnerstag, dem Tage, an dem die Kammer in ihre eigentliche Arbeit eintrat, nun offen ausgebrochen.
Zuvor schon setzte die oppositionelle Presse zum Angriff gegen Doumergue an. Dabei sahste man ihn gleich an zwei Stellen: Bei der Forderung der Vorausbewilligung von drei Budgetzwölfteln und bei der Kernfrage des ganzen politischen Konflikts, der Ausschaltung des Senats bei der Auflösung der Kammer. Doumergue hat bei Uebernahme der Regierung den Senat gelobt, daß er sich immer nur von den höheren Interessen des Landes habe leiten lassen. Er habe die ihm anvertrauten Rechte immer gebraucht, ohne sie je zu überschreiten, aber auch ohne jemals auf eines von ihnen zu verzichten. So habe er sich ein Vertrauen und eine Autorität erworben. Es sei peinlich, meinen die Blätter, daß Doumergue, der diese temperamentvolle Verteidigungsrede für den Senat hielt, ihm jetzt einen wesentlichen Teil der Rechte nehmen wolle.
Wenn man sich die Entstehungsgeschichte des Kabinetts Doumergue vergegenwärtigt, wird der jegliche Rücktritt erklärlich. Seine Bildung war das Resultat jener Panikstimmung, die die blutigen Februar-Ereignisse von Paris, der verfrühter Sturm auf die Kammer, ausgelöst hatte. Der Stavisky-Skandal und die dunklen Affären um den Tod des Gerichtsrats Prince hatten den Schleier von einer korrupten Elitenwirtschaft weggezogen, die ihre Wurzel in dem entarteten französischen Parlamentarismus hatte. Gegen ihn und sein Gebilde, die Kammer, richtete sich denn auch die Entrüstung des Volkes. Diese Kammer aber hat jahrelang unter dem entscheidenden Einfluß der Radikalsozialen und des von ihnen gestützten Vinstartells gestanden, dessen Aufrechterhaltung schon beinahe ein Bestandteil der französischen Innenpolitik geworden war. Nun, wo es bloßgestellt war, wollte man es nicht mehr. Es war geradezu eine Staatsnotwendigkeit geworden, es mindestens für eine Weile in der Verjüngung verschwinden zu lassen. So kam die „Union Nationale“, die Koalition zwischen Rechts und bürgerlicher Linker, zustande und als ihr Exponent das Kabinett Doumergue. Die Auffassung über seine Funktion war aber von vornherein zwischen den beiden in ihm vereinigten politischen Gruppen sehr verschieden. Die Radikalsozialen sahten es als ein Uebergangskabinet auf, das nur die Mission haben sollte, die Zeit der durch peinliche Skandale hervorgerufenen Vertrauenskrise zu überbrücken. Die Rechte aber sah ihre Zeit gekommen und strebte eine Ueberwindung der parlamentarischen Demokratie etwa im Sinne der damals schon einige Monate vorliegenden Tardieu'schen Denkschrift an. Hätte Doumergue im Frühjahr, als das von den innerpolitischen Streitigkeiten angewiderte Volk seine Hoffnungen auf ihn setzte, die Staatsreform aufgeföhrt, dann hätte er damals vielleicht Erfolg damit haben können. Anzwischen aber ist man wieder nüchterer geworden. Man hat angefangen zu fragen, was die Aera Doumergue Frankreich gebracht hat, und man fand nicht viel, was ihr hätte zugeschrieben werden können. Außerdem haben die jüngsten Kantonalwahlen das Selbstvertrauen der Radikalsozialen wieder beträchtlich gestärkt, und als Herr Doumergue nunmehr, verspätet, mit seiner Staatsreform Ernst machen wollte, versagte sie ihm die Geföhlichkeit. Doumergue kam zu früh, und als er da war, griff er die Aufgabe, die seine historische Mission hätte sein können, zu spät auf. Das ist die Tragik des Kabinetts der „Union Nationale“.

Alle sollen ihr täglich Brot haben! Darum opfert!

Doumergue zurückgetreten

Paris, 8. Nov. Das Kabinett Doumergue ist am Donnerstags um 12.25 Uhr MEZ. zurückgetreten.
Ueber den Verlauf des entscheidenden Ministerrates, der den Rücktritt des Kabinetts Doumergue brachte, werden jetzt Einzelheiten bekannt. Darnach haben die radikalsozialistischen Minister Herriot, Berthod, Bertrand und Deneuille im Laufe des Ministerrates ihren Rücktritt erklärt. Der radikalsozialistische Handelsminister Lamoureux, der an einer schweren Grippe leidet, nahm ebenso wie Staatsminister Tardieu an der Sitzung nicht teil, konnte also seinen Rücktritt nicht erklären. Das Kabinett hat daraufhin den Gesamttritt beschlossen.
Amtlich wird darüber mitgeteilt, daß die radikalsozialistischen Minister zurückgetreten seien, weil eine Verständigung über die Vorlage der drei provisorischen Haushaltszwölftel nicht erzielt werden konnte. Ministerpräsident Doumergue hat dem Präsidenten der Republik, Lebrun, seinen Rücktritt und den Rücktritt der noch an seiner Seite verbliebenen Ministerkollegen mitgeteilt. Der Präsident der Republik, Lebrun, hat Doumergue für seine Dienste gedankt und die Regierung zunächst mit der Fortführung der laufenden Geschäfte beauftragt.
Als Doumergue das Elysee verließ, wohin er sich begeben hatte, um dem Präsidenten das Rücktrittsschreiben der Regierung zu überreichen, wurde er von der Menge erkannt und war Gegenstand einer lebhaften Sympathiebekundung. Aus den Reihen hörte man wiederholte Rufe „Es lebe Doumergue“.

Doumergue begründet seinen Rücktritt

Paris, 8. Nov. In dem Rücktrittsschreiben, das Doumergue im Namen aller Kabinettsmitglieder ausschließlich der Radikalsozialisten dem Präsidenten der Republik, Lebrun, überreicht hat, heißt es u. a.: Nachdem die Mehrheit des Kabinettsrates sich auf seinen Vorschlag geeinigt habe, habe er, Doumergue, die Hoffnung gehabt, daß auch die Minderheit sich diesem Vorschlag anschließen würde. Entgegen seiner Hoffnung habe die Meinungsverschiedenheit aber weiter angebauert und sei gelegentlich der Vorlage über die drei Haushaltszwölftel zum Ausbruch gekommen. Nachdem der Vorsitzende der Radikalsozialistischen Partei ihm erklärt habe, daß er die Vorlage über die drei Haushaltszwölftel nicht mitmachen könne, sei er sich darüber im klaren gewesen, daß die Möglichkeiten zum weiteren Fortbestehen eines Burgfriedenskabinetts nicht mehr vorhanden sind. Diese Schlussfolgerung sei durch die Entschlieung der radikalsozialistischen Kammerfraktion bestätigt worden, die den Rücktritt der radikalsozialistischen Minister zur Folge gehabt habe. Wenn in dieser Entschlieung der Grundlag des Burgfriedens weiter aufrecht erhalten worden sei, so doch nur unter der Bedingung, daß der Ministerpräsident auf die Vorlage der drei Haushaltszwölftel verzichte, die ihm, Doumergue, im Interesse der Zukunft der Nation unbedingt notwendig erschienen sei.

Ein Aufruf Doumergues

Paris, 8. Nov. Ministerpräsident Doumergue hat an das französische Volk folgenden Aufruf gerichtet:
„Ich bin gezwungen, mein Amt niederzulegen. Ich bitte alle meine Mitbürger, die Ruhe zu bewahren. Es ist notwendig, um die augenblicklichen Schwierigkeiten im Interesse der Sicherheit und des Vaterlandes zu lösen.“

Herriot begründet den Rücktritt

Paris, 8. Nov. Herriot hat im Namen der radikalsozialistischen Minister ein längeres Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet, in dem er ihren Rücktritt begründet. In dem Schreiben wird eingangs darauf hingewiesen, daß die Radikalsozialisten sich loyal an der Regierung Doumergue beteiligt und die schwere Verantwortung mitgetragen hätten. Weiter heißt es u. a., Doumergue habe in seinen Rundfunkreden, die die Regierung vorher nicht gekannt habe, schwerwiegende Reformen rein politischen Charakters dem Lande vorgeeschlagen. Die radikalsozialistischen Minister hätten ihm gerne vorher ihre Auffassung zu dieser Frage mitgeteilt. Sie seien auch für eine Staatsreform, für die Einschränkung der Rechte der Kammern auf finanziellem Gebiet. Sie wollten eine Stärkung der Regierungsgewalt, vorausgesetzt, daß sie nicht ein Hineinziehen des Präsidenten der Republik in die politischen Kämpfe zur Folge hätte. Aber warum solle man sich nicht auf eine Aenderung der Verfassung einigen, die nicht ein leicht abzuhändelndes Gesetz sei, sondern ein dauerndes Gesetz und damit das Schicksal der Republik! Durch die Vorlage über die Haushaltszwölftel habe Doumergue die Frage der Kammerauslösung aufgerollt. Von einer Entscheidung über die Haushaltszwölftel habe er alle übrigen Entscheidungen abhängig machen wollen. Es wäre, so heißt es, nicht loyal von den radikalsozialistischen Ministern gewesen, weiter an der Regierung mitzuarbeiten, wenn sie nicht das gesamte Programm Doumergues billigten. Im weiteren Verlaufe des Schreibens bringen die radikalsozialistischen Minister ihren ablehnenden Standpunkt zur Frage der Auflösung der Kammer zum Ausdruck und kommen dann zu dem Schluß, daß ihnen keine andere Wahl als der Rücktritt geblieben sei.

Laval lehnt ab

Paris, 8. Nov. Der von Staatspräsident Lebrun mit dem „Union National“ zugewiesene bisherige Außenminister Laval hat den an ihn ergangenen Aufruf abgelehnt.



Flandin mit der Regierungsbildung beauftragt

Paris, 8. Nov. Staatspräsident Lebrun hat nach dem ablehrenden Bescheid Laval sofort den Minister für öffentliche Arbeiten im bisherigen Kabinett Doumergue, Flandin, mit der Regierungsbildung beauftragt, der den Auftrag annahm.



Pierre Etienne Flandin

Der von Staatspräsident Lebrun mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Minister für öffentliche Arbeiten im Kabinett Doumergue, Pierre Etienne Flandin, ist im April 1889 in Paris geboren. Als Doktor der Rechtswissenschaften und Inhaber des Diploms der Hochschule für Politik wurde er im Jahre 1914 vom Departement Yonne in die Kammer gewählt, wo er mit seinen 25 Jahren der jüngste Abgeordnete war. Den Weltkrieg machte Flandin als Flieger mit. Im Jahre 1917 wurde er dem Unterstaatssekretariat für Luftfahrt zugeteilt und gehörte als französischer Vertreter dem Unterausschuß für Luftrecht auf der Friedenskonferenz an. Als Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium gehörte Flandin dem Kabinett Millerand (1920) und Leagues (1920/21) an. Später war er Handelsminister im Kabinett Francois-Marsal (1924) und in den beiden ersten Regierungen Tardieu (1929/30). In den beiden Kabinetten Laval (1931/32) und in dem dritten Kabinett Tardieu (1932) leitete Flandin das Finanzministerium. Als Finanzminister trat er gegen das Hoover-Mortatorium auf und zeigte sich in der Reparationsfrage sehr wenig nachgiebig. Im Jahre 1933 mußte er in der Kammer schweren Angriffen der Linksparteien wegen der Vorgänge bei der französischen Luftfahrtgesellschaft Aero Postale landhalten. Im Februar 1934 wurde Flandin als Minister für öffentliche Arbeiten in das Kabinett der nationalen Einigung berufen.

In der Kammer gehört Flandin der Gruppe der republikanischen Linken, einer Gruppe der Mitte, an. Ferner ist er Präsident der demokratischen Allianz, einem überparteilichen politischen Verbands, dem Vertreter mehrerer Gruppen der Mitte und der gemäßigten Rechten angehören.

Flandin zuverlässig

Paris, 8. Nov. Nach seinen Verhandlungen mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Doumergue, dem Staats- und dem Kammerpräsidenten, die ihm angetragen haben, die Kabinettsbildung durchzuführen, begann Pierre Etienne Flandin die Fühlungnahme mit den Führern der politischen Parteien. Zuerst verhandelte er mit dem Radikalfractionisten Herriot. Inzwischen hat Flandin den Eindruck gewonnen, daß er die ihm gestellte Aufgabe durchführen kann. Er hat am Nachmittag dem Staatspräsidenten die Republik mitgeteilt, daß er den Auftrag der Kabinettsbildung endgültig annimmt und möglichst schnell zum Abschluß kommen will.

Doumergue zieht sich auf seinen Landsitz zurück

Paris, 8. Nov. An unterrichteter Stelle wird bestätigt, daß Staatspräsident Lebrun, bevor er den Kammerpräsidenten Bouisson, den Außenminister Laval und den Minister Flandin ersuchte, die Regierungsbildung zu übernehmen, auch den Ministerpräsidenten Doumergue zur Zusammenstellung eines neuen Kabinetts zu bewegen versuchte. Doumergue habe jedoch abgelehnt und sei bei seinem Entschluß sich zurückzuziehen, geblieben. Es ist also damit zu rechnen, daß er auf seinen Landsitz Tourneville bei Toulouse zurückkehrt.

Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

Sie redet noch eine ganze Weile so hin, verliert dabei ein paar Maschen und muß sie wieder aufnehmen und als sie endlich von dem geliebten, langjam anwachsenden Kaffeewärmer hochblickt, fragt sie erschreckt:

„Da, was ist Ihnen denn, Urjel?“
Die hat den Kopf tief über ihrer Stiderei gesenkt. Nur ihre blasse Stirn ist zu sehen. Von dem, was Frau Muntebühl eben noch erzählt hat, hat sie kaum ein Wort gehört. Hinter ihrer Stirn klagt es nur immer: Am Dezember fahren wir.

Und in ihrer Seele steigt ein Dorf auf, nachts umspönten, überweht vom Geruch der Wiesen — tanzende Paare in einem Gartenlokal —

Ganz heiß wird ihr und nun strömt ihr alles Blut zum Herzen und sie fühlt, daß sie blaß wird. Sie will das Wort nicht denken — dieses einzige Wort: Heinz!

Aber es irrt durch ihr Blut wie ein ferner, unaussprechlicher Traum.

Da hebt sie den Kopf.
„Oh — verzeihen Sie —“, flüstert sie und vermag zu lächeln. „Die Novemberluft macht müde.“

„Sie strengen Ihre Augen zu sehr an, Kind“, sagt Frau Muntebühl. „Sie sind einfach zu fleißig. Na, warten Sie, wenn wir erst weg sind — da wird keine Handarbeit angerührt. Da wird nur gegessen und frische Luft geschnappt.“

Ja — denkt Urjel und faltet die Stiderei zusammen — ja — essen und frische Luft! Aber ob das immer genug ist?

Es ist an diesem Abend, daß Mag Holm nach der Instruktionstunde ins Büro des Lagerkommandanten befohlen wird. Der Truppführer lächelt wohlwollend und nicht ohne Kameradschaftlichkeit, als er ihm die Meldung überbringt.

Holm wischt schleunigst seine Stiefel, bürstet die „Kluft“ aus und kämmt sich das Haar glatt.

Pariser Pressestimmen zur Krise

Paris, 8. Nov. Zur Regierungskrise schreibt der Temps, Doumergue sei nicht das Opfer der Undankbarkeit eines Volkes. Er unterliege den blinden Leidenschaften der Parteien und in diesem Falle besonders den blinden Leidenschaften und Vorurteilen der Radikalfractionisten. Herriot habe Doumergue abgelehnt.

Journal des Debats schreibt: Es gibt kein undankbares Regime als das demokratische. Doumergue hätte vielleicht sein Werk den Radikalfractionisten zum Trost verwirklichen können, aber er habe es nicht mit den Radikalfractionisten vollbringen können. Doumergue trete von der politischen Bühne ab und die Hoffnung auf eine Erneuerung verchwände mit ihm. Sein Abschied, sein Wunsch, möglichst rasch die politische Aroate zu verlassen und zu seinen Bäumen und Büchern zurückzukehren, sei begreiflich, aber was solle aus dem Volkhaus werden, das ihm Vertrauen schenkte und das ihm trotz aller Beschwörungen der Volkstiller das Vertrauen weiter bewahre? An anderer Stelle schreibt das Blatt, die Regierung Doumergue sei zwischen zwei Türen in einem Korridor erstickt worden, wo der freimaurerische Radikalismus ihr auflauerte.

Denkschrift an den Völkerbund

Das Reich Hauptabnehmer der Saarwirtschaft

Saarbrücken, 8. Nov. Die Handelskammer des Saargebietes, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet, der Schutzverein für Handel und Gewerbe, die Handwerkskammer zu Saarbrücken und der Handwerksbund des Saargebietes haben eine gemeinsame große Denkschrift an den Völkerbundrat und an den Aroiß-Ausschuß gerichtet, in der eine grundlegende Aenderung der zollpolitischen Verhältnisse im Saargebiet, vor allem eine sofortige Oessnung der saarländisch-deutschen Zollgrenze gefordert wird.

Die Denkschrift weist zunächst auf die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Saarwirtschaft hin und betont, daß Deutschland der Hauptabnehmer der Fertig-erzeugnisse des Saargebietes ist, von denen 60 Prozent ans Reich abgesetzt würden. Dagegen sinke der Absatz dieser Erzeugnisse nach Frankreich von Tag zu Tag, sowohl weil die Kaufkraft des französischen Marktes durch die Krise in Frankreich zurückgehe als auch besonders deshalb, weil die französischen Käufer saarländische Erzeugnisse bewußt ablehnen. Ueber 150 Millionen Franken, die der Saarwirtschaft aus Lieferungen nach dem übrigen Deutschland zufließen, seien zudem eingefroren und es bestehe, wenn die Clearingbestimmungen nicht verlängert würden, keinerlei Aussicht, daß in absehbarer Zeit die dadurch entstandene Lücke ausgefüllt werde. Dazu komme, daß die französischen Wirtschaftskreise mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Abstimmung des 13. Januars die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland zur unmittelbaren Folge haben werde. Sie erklärten, sie müßten dafür sorgen, daß sich am 13. Januar 1935 keine französischen Guthaben mehr im Saargebiet befänden. Es sei ausgeschlossen, daß die Saarwirtschaft, die den Entzug der im Clearing eingefrorenen Gelder durch allerlei Notbehelfe wenigstens durchgehalten habe, die durch diese Kreditverweigerung entstehende Kreditlücke ohne wirtschaftlichen Zusammenbruch weiter ertragen könne. Die Denkschrift zieht aus diesen Verhältnissen folgenden Schluß:

Wenn Frankreich erklärt, es könne dem Saargebiet die eingefrorenen Clearinggelder nicht zur Verfügung stellen, wenn der Absatz nach Frankreich immer mehr zurückgehe und wenn weiter Frankreich und die französischen Notenbanken auf dem Standpunkt stehen, sie könnten den normalen Handelskredit für das Saargebiet nicht aufrecht erhalten, dann muß die Forderung auf zollpolitischem Gebiet gezogen werden. Es ergibt sich zwingend, daß diese saarländische Grenze gegen Deutschland für den Bezug deutscher Waren geöffnet werden muß, und zwar in einem Umfang, der eine ausgeglichene Handelsbilanz zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland sicherstellt.

Knox berichtet dem Dreier-Ausschuß in Rom

Rom, 8. Nov. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Dreier-Ausschuß für die Saarabstimmung am Donnerstag unter Vorsitz von Baron Aloisi seine Arbeiten in Rom fortgesetzt. Der Präsident der Regierungskommission, Knox, berichtete dem Ausschuß über die allgemeine Lage im Saargebiet. Knox erklärte, daß bisher die öffentliche Ordnung nicht gestört worden sei. Immerhin habe sich die Regierungskommission auf ihre Vollmacht geeüßt aktiv mit der Verstärkung der Polizei beschäftigt.

Fünf Minuten später steht er im Büro. Die Knie sind ihm ein bißchen weich, als er in das Gesicht des Mannes sieht, der da hinten am Schreibtisch sitzt. Ein festes, kantiges, sehr männliches Gesicht mit strengen, klaren, unbeirrbarren Augen, die nun auf ihm ruhen, als wollten sie ihn durch und durch sehen.

„Sie sind also Mag Holm.“
Flüchtiges Blättern in den Akten, die auf dem Tische liegen.

„Jawohl.“
Ein langes Lächeln geht über das ernste Gesicht.

„Sie haben sich in der Zeit Ihres mehrmonatigen Hierseins im Konzentrationslager gut geführt, Holm. Haben sich von keiner Arbeit gedrückt. Sie sind willig in jeder Weise gewesen. Ich freue mich darüber. Ich möchte fast glauben, daß Sie — geheilt sind, sozusagen. Wie?“

Der Ton wird wieder knapp, militärisch, aber immer mit einem leisen Hauch von Freundlichkeit.

„Jawohl!“ sagt Mag Holm und steht kerkengerade.

„Sie haben hier keine Not gelitten?“

„Niemals.“

„Man hat Sie menschlich behandelt?“

„Jawohl — stets!“

„Sie haben die Ideen, die einmal in Ihrem Kopfe spukten, endgültig begraben, Holm?“

„Jawohl — endgültig begraben!“

Es ist, als schaue jener ernste, tiefe Blick bis hinter seine Stirn.

Einen Augenblick ist Schweigen: Dann:

„Ich glaube Ihnen, Holm. Ich glaube Ihnen, daß Sie eine Ahnung bekommen haben von der großen, stützlichen Idee des neuen Vaterlandes, das wir das Dritte Reich nennen. Und ich wünsche Ihnen von Herzen, daß das in Ihnen weiterblüht und wächst und Sie einmal auch voll Stolz sagen werden: Ich bin Deutscher, nur Deutscher!“

Mag Holm hält den Blick fest in diese ersten, grauen Augen gerichtet und juckt nicht mit der Wimper.

„Mag Holm — Sie können übermorgen das Lager verlassen! Ich habe Sie mit auf die Liste der zu Entlassenen“

Andererseits lenkte sich noch die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die wirtschaftliche Lage.

Der Rundfunk-Prozess

Dr. Bredow verwahrt sich gegen die Bezeichnung „roter Bonze“

Berlin, 8. Nov. Am Donnerstag schilderte im Rundfunk-Prozess der Angeklagte Dr. Bredow die Entwicklungsgeschichte der Reichsrundfunkgesellschaft weiter. Bevor er seine sachlichen Ausführungen begann, gab er eine persönliche Erklärung ab. Bredow stellte in der Schilderung seines Lebenslaufes die Aeußerung richtig, daß er die Schule bereits in der Obertertia verlassen habe. Er sei erst in Obersekunda abgegangen und habe dann das Mechaniker-Handwerk gelernt. „Wenn in der Oessentlichkeit“, so sagte Bredow in großer Erregung, „meine Tätigkeit als Mechaniker so ausgelegt wird, daß man mich mit Handwerkern in einen Topf wirft, die von Parteiguaden zu Amt und Würden gekommen sind, wenn man mich als „roten Bonzen“ bezeichnet, so protestiere ich leidenschaftlich dagegen. Wenn ich ein „roter Bonze“ gewesen wäre, dann hätte ich sicherlich nicht im Jahre 1922 als aktiver Staatssekretär in einer Prosküre an die Reichsregierung folgende Frage richten können: Ist der Beamte in der Republik vogelfrei, der sich in einem Gespräch mit der Judenfrage beschäftigt?“

Ursprünglich habe die Reichspost 60 Prozent der Einnahmen an die örtlichen Sendegeellschaften abgegeben, soweit die einzelnen Gesellschaften nicht über 100 000 Teilnehmer hatten. Die Gesellschaften, bei denen die Teilnehmerzahl 100 000 überstieg, erhielten für diese überstieigende Zahl 50 Prozent der Gebühren. Später wurde dann vorübergehend eine stufenmäßige Verteilung vorgenommen und von 1931 an erhielt die Reichspost 57 Prozent und die einzelnen Sendegeellschaften 43 Prozent der Rundfunkgebühren.

Vorsitzender: Für welchen Zweck waren die Einnahmen aus den Hörergebühren denn eigentlich bestimmt? Bredow: Für drei Zwecke. 1. Für die allgemeine Verwaltung des Rundfunks, 2. für die Propagandagehaltung, 3. für die Förderung des Rundfunks auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Wie der Angeklagte Bredow dann weiter mitteilte, sei durch sein Eingreifen im November 1924 die ursprünglich auf 5 RM monatlich bezifferte Hörergebühr auf 2 RM herabgesetzt worden. Der Vorsitzende erörterte sodann den eigentlichen Aufbau der Reichsrundfunkgesellschaft.

Der Matuschka-Prozess

Der Eisenbahn-Anschlag bei Jüterbog

Matuschkas Schilderung

Budapest, 8. Nov. Im Prozeß gegen den Eisenbahnkattentäter Matuschka wurde am Mittwoch der Anschlag bei Jüterbog behandelt. Matuschka zog wie immer „Geist Leo“ heran. Am 5. August 1931 sei er nach Berlin abgereist, aber in Wels ausgestiegen. Dort habe ihn „Leo“ erwartet, der am nächsten Tag mit ihm zusammen nach Berlin gefahren sei. Es habe ihn das Gefühl beherriht, daß er „Leo“ nicht ausweichen könne. In Berlin habe er in einem Geschäft in der Friedrichstraße die für den Anschlag notwendigen Patronen, Geräte und Köhren gekauft unter der Angabe, daß er irischer Offizier sei und das Material für seine Villa in Potsdam benötige.

Der Präsident machte Matuschka darauf aufmerksam, daß er die beiden Verkäuferinnen beim Einkauf zum Tanz aufgefordert habe.

Matuschka erwiderte, es sei ihm peinlich, dem hohen Gerichtshof mitteilen zu müssen, daß er leider nicht tanzen könne, wozu der Präsident ihm schroff zu verstehen gab, daß er mit dieser Aufforderung zum Tanz wohl einen anderen Antrag gemeint hätte.

Bei Jüterbog, so sagte Matuschka weiter, habe er die notwendigen Vorrichtungen für die Sprengung der Gleise vorgenommen und in einem kleinen Magazinwald Figaretten geraucht, um das Herannahen des Schnellzuges abzuwarten. Bei dem Anschlag hat Matuschka, wie der Präsident mitteilte, drei Kilogramm Kruft in zwei Eisenröhren verwendet. Gleich nach der Explosion habe er die elektrische Zündung abgestellt und sei über die Gleise gestlücht. Matuschka sagte weiter, er habe sich darauf eine Nummer des „Angriff“ gekauft, das Blatt mit Reichsnägeln an einer Telegraphenstange befestigt und darauf die Worte geschrieben: „Sieg, Attentat, Revolution!“

den gesetzt. Wir berauben niemanden seiner Freiheit, von dem wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß er sie in Zukunft verständig und im Sinne einer neuen Gemeinschaft verwenden wird, die nicht zerstören, sondern aufbauen will! Es ist möglich, daß wir den einen oder anderen hier wiedersehen werden, da wir uns geirrt hatten, dann ist es kein Schade, nicht unser. Wir wollen die Kameradschaft mit allen Volksgenossen — und ich kann Ihnen versichern, daß jeder gut fahren wird, wenn er sich mit uns gut stellt. Also Holm — teilen Sie die erfreuliche Nachricht Ihren Eltern mit und — bleiben Sie fest! Fehler sind dazu da, daß man aus ihnen lernt. Ich würde mich freuen, wenn Sie hier gelernt haben, daß das Vaterland auch Sie braucht!“

Mag Holm fühlt sein Herz laut schlagen. Jedes Wort hämmert sich in sein Gedächtnis. Es klingt in seinem Innern: Uebermorgen werde ich frei sein! Es brennt ihm in der Kehle, er möchte etwas sagen, er spürt, der dort hinter dem Tisch mit den klaren, ernsten Augen wartet darauf.

Da reißt er sich zusammen, er öffnet den Mund, ein jungenhafte, ganz ehrliches Lachen springt heraus und begleitet die lauten, hellen Worte, die er spricht:

„Ich habe genug von der Kommune! Ich will wieder arbeiten! Und ich werde arbeiten!“

Er hört ein „Bravo!“, spürt einen kräftigen Handedruck und als er wieder drauhen steht auf dem Hof, ist ihm, als wäre er eben erst eingeseget worden und als begänne nun erst sein richtiges Leben.

Ja — er ist reiflos, fertig mit der Kommune“, mit dem ganzen verschrobenen Ideenram, der noch in seinem Kopf spukte, als er hierherkam. Er hat hier zu viel gesehen, gehört, gelesen. Mag Holm hat die Nase reichlich voll von seinen früheren Genossen. Und er hat hier Bl-Beute kennengelernt, die in unerbittlicher Pflichterfüllung und unbedingter Hingabe an ihren großen Führer Tag und Nacht Dienst taten, ohne einen Pfennig Entgelt, sozusagen nur für „Kost und Logis“, und dabei noch ihr Leben riskierten. Er braucht nur an den „Fall Wöllner“ zu denken und es tiefelt ihm noch immer eiskalt über den Rücken.

(Fortsetzung folgt.)



Aus weiteren Ausführungen des Präsidenten ging klar hervor, daß die Staatsanwaltschaft ihre Beweisführung bei den Strafanträgen darauf aufbauen werde, daß Matsushita die Anschläge nur unternommen habe, um nachher Bekanntheit für seine verschiedenen „eisenbahntechnischen Erfindungen“ machen und damit Geld verdienen zu können.

Im Verlauf der Verhandlung wurde Matsushita die ihm am Dienstag auferlegte Strafe von drei Tagen Dunkelzelle erlassen, die er für eine außerordentlich starke Bemerkung erhalten hatte. Im Verhör hatte Matsushita plötzlich erklärt, es gäbe nicht fünf, sondern sechs Leos, der sechste Leo sei der Beifahrer des Straffenats, Dr. Warady. Als Matsushita sich nachträglich persönlich beim Beifahrer entschuldigte, wurde ihm die Strafe erlassen.

Das Verhör wandte sich darauf dem Mordattentat bei Via-Torbagg zu. Matsushita gab an, sich in Wien 63 Straßensprengkörper und zwei Patronen verschafft zu haben. Auf die Frage, warum er gerade Ungarn für den Anschlag ausgewählt habe, sagte Matsushita, er habe grundsätzlich jeden Anschlag in einem anderen Lande ausführen wollen. Ursprünglich habe er die Sprengung der großen Eisenbahnbrücke bei Neupest geplant. Aus Wien habe er einen 130 Meter langen Draht mitgebracht, den er sich um den Körper gewickelt habe, um der Zollkontrolle zu entgehen. Das Ekrafit habe er in der Manteltasche gehabt. Während der Fahrt habe sich der „Geist Leo“ zu ihm in das Abteil gesetzt.

Der Führer besichtigt Autostraßen

München, 8. Nov. Der Führer besichtigt in Begleitung des Generalkommandanten für das deutsche Straßenwesen, Dr. Loh, am Mittwoch die Baustelle der Inn-Brücke der Reichsautobahn München-Landshut. Der Führer ließ sich über den Stand der bisherigen Arbeiten eingehend Bericht erstatten. Die Innbrücke, von der eine Trasse bereits fertig ist, wird zu einem der schönsten Aussichtspunkte der neuen Reichsautobahn gehören. Man hat von dort aus einen wundervollen Blick auf das Kaisergebirge, in das Jantal hinein auf das Weißsteinmassiv und die Kampenwand.

Am Dienstag hatte der Führer dem östlichen Teil der im Bau befindlichen großen Alpenstraße einen Besuch abgestattet. Hier sind große Teile der Straße in der ganzen Breite bereits ausgebaut. Man hat von dieser Stelle aus ein so überwältigendes Panorama, daß sie nach ihrem Ausbau von Verdiensten bis Lindau zu einer der größten Sehenswürdigkeiten Deutschlands wird.

Der Führer überzeugte sich ferner von dem Ausbau der bisher sehr lückenhaften Straße München-Rosenheim-Reichenhall über Teisendorf, die an sehr vielen Stellen begrabigt und zu einer breiten Autostraße ausgebaut worden ist.

Der demokratische Wahlsieg

London, 8. Nov. In einer Neuentdeckung aus New York heißt es, politische Beobachter glaubten nicht, daß der überwältigende Sieg der Demokratischen Partei den Präsidenten Roosevelt veranlassen werde, sich mehr nach links zu orientieren. Man nehme vielmehr an, daß er nach wie vor einen mittleren Kurs steuern werde. Die Stimmung in Wallstreet, die als Barometer des allgemeinen Eindrucks des Wahlergebnisses betrachtet werden könne, sei unerschütterlich geblieben. — Aus Chicago wird berichtet, daß Arthur Mitchell als erster demokratischer Regent mit knapper Mehrheit in das Repräsentantenhaus gewählt worden ist. Er wird einen Bezirk vertreten, der von zahlreichen Negern bewohnt wird. — Upton Sinclair, dessen Bemühungen um den Posten des Gouverneurs von Kalifornien bekanntlich mißlungen sind, dankte seinen Anhängern für ihren „großen Sieg über die vielen Millionen Dollar“. Er sagte, er habe bisher viele, allzu viele Bücher geschrieben und stehe doch am Anfang seiner Laufbahn als politischer Kämpfer.

New York, 8. Nov. Am Mittwoch waren für das Repräsentantenhaus 421 Abgeordnete gewählt. Die Demokraten erhielten davon 311 Sitze, die Republikaner 100 Sitze, die Fortschrittler 7 Sitze und die Landarbeiter 3 Sitze. Die Verteilung von 14 Sitzen steht noch aus. In den Senat sind nach den letzten Ergebnissen bisher 25 Demokraten, 6 Republikaner, 1 Fortschrittler und 1 Landarbeiter eingezogen. Zwei Senatsitze sind noch frei. Bei den Wahlen der Gouverneure haben die Demokraten 17 und die Republikaner 6 Anhänger durchgebracht.

Südamerikaner Schritt in Wien?

Wien, 8. Nov. In Wiener politischen Kreisen war am Mittwoch das Gerücht verbreitet, daß der südamerikanische Gesandte im Auftrage seiner Regierung einen Schritt bei der Bundesregierung unternommen habe, um gegen die Tätigkeit kroatischer Emigranten in Österreich zu protestieren. Hierbei hätte der Gesandte besonders auf die Verhaftung zweier kroatischer Emigranten in Kärnten hingewiesen und um beschleunigte Verurteilung der beiden ersucht. — Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung steht noch aus.

Konferenz des österreichischen Bundeskanzlers

Wien, 8. Nov. Wie die amtliche „Politische Korrespondenz“ erfährt, werden sich Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Bundesminister für Äußere Angelegenheiten, Berger-Waldenegg, gegen Mitte des Monats nach Rom begeben. Mit Rücksicht auf diese Reise des Bundeskanzlers und des Außenministers wird sich eine kurze Verschiebung der ersten Tagung der neu ernannten Körperschaften ergeben. Der Zusammentritt der Staatsräte dürfte erst nach dem 20. November stattfinden.

Seine Frau und zwei Kinder erwürgt

Berleberg, 8. Nov. In der Berleberger Forst wurden die aus Berleberg stammende Ehefrau Bittner und ihre beiden Kinder tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Bittner seine Frau und seine beiden Kinder in eine Schutzhütte gelockt hat. Der Täter hat wahrscheinlich seine Opfer darnach mit einem Strick erwürgt und seiner Frau, die anscheinend nicht sogleich erstickt ist, den Hals durchschnitten. Bittner, der ohne Zweifel als Täter in Frage kommt, konnte noch nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich hatte Bittner schon mehrere Tage in der Schutzhütte gehaht. Die Ursache der Tat ist unbekannt.

Woldemar erneut vor Gericht

Rowno, 8. Nov. Vor der Appellationskammer in Rowno begann Donnerstag der angeklagte Prozeß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Woldemar, der bekanntlich im Zusammenhang mit dem Militärputsch vom 7. Juni vom Feldgericht zu 12 Jahren schweren Kerker verurteilt worden ist. Woldemar hat sich in dem neuen Prozeß wegen des seinerzeit viel erörterten Zeitungsartikels „Auf Schiffsalwegen“ zu verantworten. Mitangeklagt ist der Reserveoffizier und Kriegsinvalid Abe Karutis als Herausgeber des seinerzeit verbotenen Organs der Woldemar-Anhänger „Tautos Balsas“, in dem der Artikel ursprünglich erschienen war.

Dampfer „Bremen“ stellt bei seiner 100. Amerikafahrt einen neuen Rekord auf

Newport, 8. Nov. Der Lloyd-Dampfer „Bremen“ stellte bei seiner 100. Überfahrt einen neuen Rekord auf. Er passierte Donnerstag morgen um 9.57 Uhr Newporter Zeit den Hafeneingang beim Ambrose-Feuerschiff. Die „Bremen“ hat also, nachdem sie Cherbourg verlassen hatte, insgesamt vier Tage, 15 Stunden und 27 Minuten zum Überqueren des Atlantik gebraucht und konnte den eigenen Rekord um 21 Minuten verbessern.

Württemberg Amtliche Dienstnachrichten

Ernannt: Die Kommissare der Schutzpolizei Burkhardt, Anton Maier und Hammer, je beim Polizeipräsidium Stuttgart, zu Oberkommissaren der Schutzpolizei beim Polizeipräsidium Stuttgart und den Kommissar der Schutzpolizei Friedrich Maier beim Polizeipräsidium Stuttgart zum Oberkommissar der Schutzpolizei beim Polizeiamt Ravensburg, die Oberwachmeister der Schutzpolizei Umbil, Strader, Kirn, Scherer, Rieger, Wederle, Bloching und Kirchherr, je beim Polizeipräsidium Stuttgart, zu Kommissaren der Schutzpolizei.

Verleht: Polizeiobersekretär Neuschwander beim Polizeiamt Ravensburg zum Polizeiamt Ludwigsburg und den beim Polizeiamt Schramberg planmäßigen Polizeiobersekretär Gruber zum Polizeiamt Ravensburg.

In den Ruhestand: Oberstudiendirektor Dr. Breitweg am Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart und Oberpräzeptor Groß an dem Realgymnasium und der Oberrealschule in Göppingen.

Erledigt: Eine Strafanstaltskommissarstelle bei der Landesstrafanstalt Ludwigsburg, Zweigstrafanstalt Hohenasperg, eine Fachlehrstelle für Handarbeit und Mädchenarbeiten an der evang. Volksschule in Schwemningen.

Berufen: Von dem Bischof von Rottenburg die kath. Pfarrerstellen Bargau und Pfarrer Seehofer in Bruggen, Hofherrnweiler dem Kaplan Hermann Weber in Bodnegg und die St. Antonskaplanei in Rottweil dem Pfarrer Matthias Spindler in Ehingen a. D.

Die Abwicklung der Schillerfeiern

Stuttgart, 8. Nov. Am Samstag, 10. November, veranstaltet der Schwäbische Sängerbund eine Schillerkundgebung auf dem Schillerplatz in Stuttgart aus Anlaß des 175. Geburtstages des schwäbischen Dichters. Es singen etwa 6000 Sängern unter Leitung von Kreischorleiter Musikdirektor G. A. Rad-Stuttgart, ferner wirken die beiden Reichswehrkapellen des Infanterieregiments 13 und des Reiterregiments 18 unter der Leitung von Obermusikmeister Goldberg mit. Den Höhepunkt der Feier bildet eine Rede des Führers des Schwäb. Sängerbundes, Innen- und Justizminister Dr. J. Schmid.

Marbach, 8. Nov. Der 10. November wird in Marbach durch das Räuten der von den Deutschen in Moskau gestifteten Schillerkugel auf der Alexanderkirche beginnen. Vor der Kranzniederlegung im Geburtshaus Schillers um 10.30 Uhr werden Vertretungen des Schwäbischen Sängerbundes und der Stadtgemeinde Marbach Kränze am Grabe von Stadtschultheiß Haffner, des um die Schillerfeier sehr verdienten Stadtverordnandes von Marbach, niederlegen. Um 11 Uhr beginnt die Hauptfeier vor dem Schiller-Nationalmuseum. Es werden bei dieser Feier sprechen: Ein Vertreter der Reichsregierung, Reichsstatthalter Marx, Ministerpräsident Professor Mergenthaler, der Direktor des Schiller-Nationalmuseums und Vorsitzende des Schwäb. Sängerbundes, Geh. Hofrat Professor Dr. von Gantter, und Gaukulturwart Dr. Schmiedle. Nach der Feier findet ein Kundgang durch das Schiller-Nationalmuseum für die Ehrengäste statt. Um 17 Uhr veranstaltet die Stadt Marbach vor dem Geburtshaus Friedrich Schillers eine Feierstunde, bei der der Vorsitzende des Schwäbischen Sängerbundes die Weisheitsrede halten wird. Die Jugend wird dem großen Genius huldigen. Die Marbacher Gesangsvereine werden bei der Feier mitwirken.

Der Milchwirtschaftsverband Württemberg

Die Landeshauernschaft Württemberg teilt u. a. mit: Trotz der seither geleisteten Arbeit des Milchwirtschaftsverbandes Württemberg hatten noch eine Reihe von Ausgaben ihrer Erledigung. Die Erfüllung aller dieser noch nicht wirtschaftlich verwerteter Milchmengen muß im Laufe der nächsten Zeit dort noch vollends durchgeführt werden, wo bisher noch nicht erschlossene Gebiete gewesen sind. Es müssen also noch weiterhin Milchmischstellen und Rahmstationen und Butter herstellende Betriebe erstellt werden, für die Mittel im Betrage von etwa 1,5 Millionen RM. zur Verfügung stehen.

Sein Hauptaugenmerk muß der Milchwirtschaftsverband Württemberg auf die Verringerung der Spanne zwischen dem Erzeuger- und dem Verbraucherpreis richten. Durch eine zweckmäßige Einteilung der Einzugsgebiete der Milchfabriken und durch Bezirksvereine der Milchverarbeiter läßt sich sicherlich noch in vielen Fällen die Zwischenhandelspanne verringern, ohne daß Milchzeuger, Milchverarbeiter oder Milchverbraucher unmittelbar an der Einsparung etwas leiden müssen.

Die reine Handelspanne wird vom Laien häufig gleichgesetzt dem Unterschied zwischen dem Trinkmilchpreis in der Stadt und dem Ausschlagungspreis an die Milchzeuger. Diese teilweise recht hoch erscheinende Spanne rührt hauptsächlich daher, daß die als Trinkmilch verwertete Milch einen wesentlich höheren Preis erzielt, als diejenigen Milchmengen, die zu Butter oder Käse verarbeitet werden müssen. Dieser Unterschied wird noch verstärkt dadurch, daß die für Trinkmilchzwecke absehbare Milch etwa ein Drittel der gesamten Milchmenge beträgt, daß also für die übrigen zwei Drittel die schlechtere Verwertbarkeit in Frage kommt. Bei Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse ergibt sich heute ein Preis von etwa 12 Pfg. je Liter, bei der Verwertung als Trinkmilch ein Preis von etwa 18 Pfg. je Liter. Auf Grund der genannten Verhältnisse liegt demnach der Durchschnittspreis, den die Erzeuger auf dem Land bekommen, bei 14 Pfg., wobei zu berücksichtigen ist, daß dieser Durchschnittspreis in der Nähe der Stadt allgemein etwas überschritten, in größerer Entfernung der Städte mehr oder weniger unterschritten wird. Im Winter 1932/33 betrug der Werkmilchpreis etwa 9 bis 10 Pfg., zeitweise sogar noch weniger, so daß der sich daraus ergebende Unterschied noch größer war. Durch die planvolle Arbeit der Milchwirtschaftsverbände konnte in der Zwischenzeit der Werkmilchpreis um etwa 25 Prozent gehoben werden.

Aus diesem Grunde wird von der Reichsregierung eine Ausschlagsabgabe erhoben, die der Reichsausgleichskasse zugewandt wird. Aus diesem Fonds werden Stützungsbeihilfen von Milchzeugern aller Art je nach den Verhältnissen finanziert. So wurde beispielsweise im vergangenen Jahr zur Stützung der Butterpreise ein Betrag von etwa 12 Millionen RM. angewendet, um die zur Zeit der Butterschwemme nicht oder nicht zu angemessenen Preisen absehbaren Buttermengen in Kühlhäusern einzulagern. Die Butter wurde dann mit Nachlassen der Butterschwemme wieder dem Markt zugeführt. Hätte man sei-

nerzeit die großen Buttermengen nicht aus dem Markt herausgenommen, so wäre zweifellos der Butterpreis samt dem Milchpreis ins Bodenlose abgesunken, wodurch nicht nur die Bauern, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft großen Schaden erlitten hätten.

So wird in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise der Buttermarkt von einer Stelle aus beobachtet und so geordnet, daß Verluste weder für die Volkswirtschaft noch für die Milchzeuger entstehen, wie dies bei dem früheren System des Spiels der freien Kräfte nach Angebot und Nachfrage unausbleiblich war. Die Erhebung der Ausschlagsabgabe und deren zweckmäßige Verwendung zur Regelung des Buttermarktes und damit zu einer angemessenen Angleichung der Werkmilchpreise an die Trinkmilchpreise wird weiterhin eine wichtige Aufgabe des Milchwirtschaftsverbandes sein.

Ferner wird die laufende Überwachung der Erzeugnisse der Milchwirtschaft und der milch- und -verarbeitenden Betriebe noch eine Fülle von Arbeit mit sich bringen, trotzdem die Vereinfachung der Butter- und Käsearten auf diesem Gebiet große Erleichterungen geschaffen und auch die freiwillige Mitarbeit der Erzeuger und die Einsicht der Verbraucher bei der Durchführung der notwendigen Maßnahmen große Hilfe gebracht hat.

Die Schlachtungen in Württemberg im 3. Vierteljahr 1934

Die Zahl der im dritten Vierteljahr (1. Juli bis 30. September) 1934 geschlachteten, der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterstellten Tiere (gewerbliche Schlachtungen) hat nach einer Ausstellung in den „Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts“ im Vergleich zum dritten Vierteljahr 1933 auffallend stark bei den Röhren, Junggrindern und Kälbern zugenommen: Es sind in dem Berichtsvierteljahr um 7978 Röhre (plus 53,0 Prozent), 5414 Junggrinder (plus 18,5 Prozent) und 14.605 Kälber (plus 21,5 Prozent) mehr geschlachtet worden als im gleichen Zeitraum 1933. Das dürfte in der Hauptsache auf die durch die Dürre im Frühjahr und Sommer verursachte Futtermittelknappheit zurückzuführen sein. Die Veränderungen bei den übrigen Viehgattungen sind verhältnismäßig gering. Die aus den gewerblichen Schlachtungen sich ergebende Gesamtgewichtsmenge des dritten Vierteljahres 1934 berechnet sich auf 618.063 Zentner gegen 531.553 Zentner im dritten Vierteljahr 1933, 566.741 Zentner im dritten Vierteljahr 1932 und 593.600 Zentner im dritten Vierteljahr 1931. Sie ist die höchste Schlachtgewichtsmenge, die in den Jahren 1924 bis 1934 im dritten Vierteljahr erzielt worden ist und übertrifft den fünfjährigen Durchschnitt 1929/33 mit 553.262 Zentner um 62.801 Zentner.

Stuttgart, 8. Nov. (Neues Adreßbuch.) In dem amtlichen Stuttgarter Adreßbuch 1935 sind 42.000 Wohnungsänderungen, 20.700 Geschäftsänderungen, 1086 Hausbeständerungen, 1654 neue Häuser, 44 neue Straßen und 13 Straßen-Umbenennungen verarbeitet.

Spende der württ. Eisenbahner. Die Reichsbahnbediensteten im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart haben im Monat November 1934 als Spende für das Winterhilfswerk 36.205 RM. abgeführt.

153.000 Winterhilfe-Aster. Beim Seidenblumentag am Sonntag, 4. November, wurden in Stuttgart-Stadt insgesamt 153.000 Winterhilfe-Aster verkauft. Die Opferbereitschaft und Gebehrigkeit der Stuttgarter Bevölkerung ist damit wieder einmal glänzend zum Ausdruck gekommen.

Winterhilfe-Regeln. Unter dem Protektorat des Landesportführers Dr. E. Rietz wird vom 26. November bis 2. Dezember ein Winterhilfe-Regeln in allen Städten Württembergs abgehalten. Jeder Regler regelt an seinem Regelaabend und auf seiner Bahn 10 Regeln in die Rolle, worauf jedem besten Mann eines Klubs oder Gesellschaft eine Urkunde ausgehändigt wird.

Aus dem Lande

Waldbuch, O.A. Stuttgart, 8. Nov. (Unfälle.) Dieser Tage fuhr ein Motorradfahrer auf der Straße nach Dettenhausen gegen einen Baum, wobei Fahrer und Beifahrer schwer verletzt wurden. — Ferner überrannte ein badisches Auto Randstein und Holzumzäunung und stürzte bei der Brücke 14 Meter in die Tiefe, nachdem es sich drei Mal überschlagen hatte. Auch hierbei erlitten die drei Insassen schwere Verletzungen.

Silbenbuch, O.A. Stuttgart, 8. Nov. (Brand.) In der Wirtschaft zum Waldhorn, die gleichzeitig Postgebäude ist, brach gegen 2.30 Uhr ein Brand aus. Der Brand entstand durch Entzündung von frisch ausgetragener Lad in einem Wirtschaftsraum, wahrscheinlich durch unvorsichtiges Anbrennen einer Zigarette. Nur dem tatkräftigen Eingreifen einiger Feuerwehrleute war die Verhütung großen Schadens zu verdanken. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1500 RM.

Gönnungen, O.A. Tübingen, 8. Nov. (Mit dem Kopf ins Schaufenster.) Der 10-jährige Georg Rein wollte sich auf die Schaufensterbank der Konditorei zum „Lamm“ setzen. Sein Fahrrad, das ihm als Fußstütze dienen sollte, rutschte weg und der Junge schlug mit dem Kopf das Schaufenster ein. Die herabfallenden schweren Glassplitter verletzten ihn sehr schwer.

Erzgenzingen, O.A. Rottenburg, 8. Nov. (Rücklichts.) Der 66-jährige verheiratete Maurer August Baber war unterwegs zur Milchmischstelle. In der Seebronner Straße überholte ihn ein Motorradfahrer ohne Licht, fuhr ihn an und warf ihn auf die Straße. Der Kraftfahrzeugführer ließ den Verletzten auf der Straße liegen und entkam unerkannt.

Reutlingen, 8. Nov. (Stadthalle.) Oberbürgermeister Dr. Deberer teilte im Verkehrsverein mit, daß die Pläne eines Stadthallebaus, der den Namen „Haus der deutschen Arbeit“ erhalten soll, fertiggestellt seien. Auch den Plan hierzu habe man bereits ins Auge gefaßt. Man könne sagen, daß das Problem des Stadthallebaus bereits in die Stufe der Verwirklichung überleitet worden sei. Da die Stadt die Baukosten nicht tragen könne, müsse sich eine gemeinnützige Gesellschaft in finanzieller Hinsicht bemühen. Die Gründung der Gesellschaft stehe in aller nächster Zeit bevor. Der Vorsitzende des Allertumsvereins, Knapp, regte die Frage eines Heimatmuseums an. Oberbürgermeister Dr. Deberer erklärte hierzu, daß die Stadt bereits ein geeignetes Gebäude ausfindig gemacht habe.

Zaberfeld, O.A. Bradenheim, 8. Nov. (Rotegeflächte.) Der Knecht eines Landwirts hatte dem Vieh seines Dienstherrn zu nassem Blaulackfutter gegeben, wodurch bei den Tieren ungewöhnlich starke Blähungen auftraten. Während zwei Kühe gerettet werden konnten, mußten zwei andere wertvolle Tiere notgeschlachtet werden.

Reipberg, O.A. Bradenheim, 8. Nov. (Scheunensbrand.) Am Mittwochabend brach in der Scheuer des Landwirts Eugen Walter Feuer aus. Die Ortsfeuerwehr

war rasch zur Stelle. Das anstößende Wohnhaus konnte gerettet werden.

Saulen a. Z., Oß. Bradenheim, 8. Nov. (Schule geschlossen.) Wegen zahlreicherer Auftretens von Diphtherie- und Scharlachfällen ist die hiesige Schule vorläufig geschlossen worden.

Neckargartach, Oß. Heilbronn, 8. Nov. (Um die Saniierung.) Im Gemeinderat erarbeitete der Vorsitzende Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinde. Die Überprüfung ergab, daß der Antrag auf Eingemeindung nach Heilbronn eventuell zurückgenommen werden kann. Die früheren Abmängel, die durch die Wohnlasten entstanden sind, betragen 220 000 RM. Ausgaben, die in den nächsten zehn Jahren zu lösen sind, werden voraussichtlich 660 000 RM. Kosten verursachen. Bei Erhaltung der Selbständigkeit der Gemeinde werden sich die Gemeindeforderungen in demselben Zeitraum um insgesamt 100 000 RM. vermehrt haben. Voraussetzung für die Sanierungsmaßnahmen ist, daß die Beiträge aus dem Ausgleichsloos und zu den Lehrergehältern in der bisherigen Höhe gewährt werden. Auf Grund dieser Maßnahmen beschloß der Gemeinderat, die Gemeindeforderungen für 1934 auf 28 Prozent festzusetzen. Die Bürgersteuer wird wie bisher mit 500 Prozent festgesetzt.

Riesheim u. T., 8. Nov. (Einbruch im Bahnhof.) In der Nacht zum Donnerstag stiftete ein gewerkschaftlicher Bahnhofsbeschäftigter dem hiesigen Bahnhof einen Besuch ab. Der Einbrecher nahm seinen Weg durch ein Fenster zunächst in den Vorraum und drang dann, nachdem er das Schalterfenster eingeschlagen und die Riegel zurückgeschoben hatte, in den Gepäckraum ein. Hier erbrach er sämtliche Schubladen, wobei ihm etwa 16 RM. in die Hände fielen. Vom Gepäckraum aus erbrach er die Tür zum Fahrkartenausgaberaum, wo er ebenfalls sämtliche Schubladen mit Gewalt öffnete. Hier erbeutete er weitere 85 RM. Beim Verlassen des Bahnhofsgeländes nahm der Einbrecher auch noch ein im Hausgang liegendes Herrenrad mit. Nach dem Täter, von dem bis jetzt jede Spur fehlt, wird eifrig gefahndet.

Gmünd, 8. Nov. (Unfälle im Wald.) In Bartholomä wurde ein 23jähriger Mann, Vater dreier Kinder, beim Baumschneiden unglücklich von einem fallenden Stamm getroffen, daß ihm beide Beine abgeschlagen wurden. — Ebenfalls beim Holzschneiden trug ein 42jähriger Mann aus Unterneustetten bei dem Versuch, einen in einem anderen Baum hängenden Baum loszumachen, eine schwere Rückenverletzung.

Havensburg, 8. Nov. (In den Juggelaufen.) Der in den dreißiger Jahren stehende ledige Benedikt Steinhäuser, bisher bedienstet in Vaden, Gemeinde Bodnegg, fiel in Havensburg in den 10.50 Uhr von Havensburg nach Friedrichshafen abgehenden Zug. Der Lokomotivführer, der den Dienstmann in den Zug laufen sah, brachte den Zug sofort zum Stehen. Man fand aber nur noch die verstümmelte Leiche. Was den Unglücklichen in den Tod getrieben hat, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Imnau i. Hohenz., 8. Nov. (Schweres Unglück.) Im Steinbruch der Gemeinde Imnau ereignete sich ein schweres Unglück. Nachmittags war der 34jährige Landwirt Felix Haid im Steinbruch an der Arbeit, wobei er seine beiden Kinder bei sich hatte. Plötzlich fiel die Steinwand ein und begrub die drei unter sich. Haid selbst kam mit einem Bruch des linken Unterschenkels, einigen anderen kleineren Knochenbrüchen und Fleischwunden davon. Der 6jährige Sohn Karl erlitt einen Beinbruch. Nach langem Bemühen wurde der 7jährige Sohn Felix als Leiche geborgen. Er war unter den Steinen erstarrt.

Dwingen i. Hohenz., 8. Nov. (Tödlicher Sturz.) Die Witwe Remigius Stifel von hier ist so unglücklich die Stiege heruntergefallen, daß sie nach kurzer Zeit starb.

— **Stand der Winterfauna Anfang November 1934.** Von den amtlichen Saatenstandsberichterstattungen wird allgemein über einen günstigen Stand der Winterfauna berichtet. Das warme, sonnige Herbstwetter, in Verbindung mit ausreichenden Niederschlägen, hatte eine gute Bestäubungsarbeit ermöglicht, so daß die Saaten gleichmäßig auflefen und sich kräftig entwickelten. Vor allem in Süddeutschland und in den westlichen preussischen Provinzen wird der Saatenstand sehr gut beurteilt, während die Verhältnisse in den östlichen Gebieten teilweise nicht so günstig liegen. Das Grünland hat sich von der Trockenheit des Sommers weiterhin gut erholt; die günstige Entwicklung der Stoppelfrüchte erleichtert die Futterversorgung.

— **Mitnahme von Schneeschuhen in die Personenwagenabteile.** Reichsbahnamtlich wird mitgeteilt: Für den bevorstehenden Winterverkehr wird über das Mitnehmen von Schneeschuhen in die Personenwagenabteile folgendes angeordnet: Das Mitnehmen der Schneeschuhe im Schlaf- und Liecawagen ist allgemein ausgeschlossen. Zur Verbesserung

der Unterbringung von Schneeschuhen werden in den Seitengängen der D-Zugwagen und in Vorräumen der neuen Elzugwagen, die für den Winterportverkehr hauptsächlich in Frage kommen, besondere Einrichtungen eingebaut werden. Bis dahin ist zunächst das Mitnehmen von Schneeschuhen in Abteile 1. und 2. Klasse der D- und El-Züge nicht gestattet. Zugelassen ist das Mitnehmen von Schneeschuhen nur in die Abteile 2. Klasse der Personenzüge und entsprechend den zur Zeit geltenden Tarifbestimmungen in die 3. Wagenklasse aller Züge.

— **Wieder Neuschnee im Hochschwarzwald.** Am Mittwoch ist auf dem Feldberggipfel wieder Schneefall eingetreten; bei einer Temperatur von -2 Grad hat sich eine mehrere Zentimeter dicke Schneedecke gebildet. In den letzten Tagen haben milde Föhnwinde den jüngst angefallenen Neuschnee völlig aufgezehrt. Auf den Bergen war die Temperatur zu Wochenbeginn bis auf 13 Grad Wärme gestiegen. Trotz der schnellen Schneeschmelze führen die Schwarzwaldtäler nur mäßiges Wasser zu Tal, was sich deutlich in den wenig veränderten Rheinpegelständen ausdrückt. Die Oberrhein-Wasserstände sind noch immer so niedrig, daß die Schifffahrt nicht allen verfügbaren Frachtraum bei den Berg- und Talfahrten ausnützen können.

Aus dem Gerichtssaal

Wieder ein Brandstifter verurteilt

Havensburg, 8. Nov. Am Mittwoch verhandelte das Schwurgericht gegen den 1891 zu Priesenhofen Oß. Venturich gebürtigen und dort wohnhaften, verheirateten Philipp Müller, der wegen Brandstiftung angeklagt war. Gegen den Angeklagten ist das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht eröffnet worden, weil er hinreichend verdächtig ist, er habe am 6. August in der Scheuer seines eigenen Anwesens, um Feuer zu legen und von der Feuerversicherung Ersatz für entstandenen Feuerschaden zu erhalten, das in der Scheuer lagernde Abfallholz angezündet mit der Folge, daß der Brand sich alsbald auf das ganze Gebäude ausbreitete und das ganze Anwesen gänzlich niedergebrannt ist. Der Angeklagte wurde zur Zuchthausstrafe von einem Jahr neun Monaten verurteilt.

Mit 70 Jahren zweieinhalb Jahre Gefängnis

Ellwangen, 8. Nov. Auf der Tagesordnung des Schwurgerichts stand die Strafsache gegen den nunmehr 70jährigen Josef Holl aus Dewangen, Kreis Aalen. Es wird ihm ein Verbrechen des verurteilten Totschlags an seiner Schwester zur Last gelegt. Der Angeklagte, der von seiner Familie seit 1931 getrennt lebt, neigte von jeher zu Täuschlichkeiten. Im Jahre 1931 wurde die Trennung endgültig und der Angeklagte ging in das Altersheim Ulm, wo er wegen seines freizügigen Wesens wieder entlassen wurde. Nun fand er bei seiner in Dewangen lebenden ledigen Schwester Marianne Holl, die ein etwa 14 Morgen großes Gut allein umtreibt, Unterschlupf. Es war dies im April 1934. Es dauerte nicht lange, bis die Streitereien begannen. Am 21. Juli, als seine Schwester den Küchenboden knieend aufwusch, versetzte ihr der Angeklagte mit einem schweren Gegenstand, offenbar einem Hammer, mehrere Schläge auf den Kopf, so daß die Schädelknochen an zwei Stellen zertrümmert wurde und der hauptberufliche Arzt es als ein „medizinisches Wunder“ bezeichnete, daß die Niedergeschlagenen mit dem Leben davonkam. Nach der Tat leistete er der schwer Verletzten feinerliche Hilfe, sondern ging fort und besuchte auf dem Wege nach Aalen vier Wirtschaften. Der Angeklagte wurde zu der Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Vier Jahre Zuchthaus für Brandstiftung

Havensburg, 6. Nov. Das Schwurgericht verhandelte gegen den 1912 in Ennetach Oß. Saulgau gebürtigen Josef Luid. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er am 14. Januar in dem zusammengebauten Wohn- und Scheuergebäude seines Vaters, Benedikt Luid, Stroh angezündet hat in der Absicht, dadurch das Gebäude in Brand zu setzen. Seine Tat führte dazu, daß Stall und Scheuer niedergebrannt sind, während der Wohnteil unversehrt geblieben ist. Weiter wird er beschuldigt, am 18. Juni in dem Wohn-, Scheuer- und Stallgebäude seines Onkels, des Landwirts Paul Löw, Stroh in der Absicht angezündet zu haben, dadurch das ganze Gebäude in Brand zu setzen, worauf das Gebäude sowie eine 14 Meter entfernt stehende Holzremise des Löw zerstört und die Nachbargebäude der Landwirte Müller, Lang und Kneifel ebenfalls in Brand geraten und beschädigt worden sind. Der Angeklagte ist in allen Teilen geständig, er will das Anwesen seines Vaters in Brand gesteckt haben, weil er selbst etwa 80 bis 100 RM. Schulden gehabt habe. Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird wegen zweier Verbrechen der Brandstiftung zu der Gesamtzuchthausstrafe von vier Jahren und zwei Monaten verurteilt.

Totschlag

Havensburg, 8. Nov. Das Schwurgericht Havensburg hat den ledigen Josef Münzhuber aus Ernsgraben, Bezirksamt Pfaffenhofen (Wapern), der am 25. Juli 1934 den ledigen Dienstknecht

Martha Gombach mit einem Krügel darauf an den Kopf geschlagen hatte, daß Gombach nach kurzer Zeit starb, wegen schwerer Körperverletzung mit nachfolgendem Tod zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Führer beglückwünscht den König von Siam. Der Führer und Reichskanzler hat seiner Majestät dem König von Siam zu seinem Geburtstag seine aufrichtigen Glückwünsche telegraphisch übermitteln lassen.

Der Reichswehrminister hat genehmigt, daß Auszeichnungen, die von der NSDAP. an Parteiangehörige für besondere Verdienste verliehen worden sind, in der Wehrmacht zur Uniform getragen werden dürfen. Als solche Abzeichen gelten das Koburger Abzeichen, das Ehrenzeichen 1923 der NSDAP., das Ehrenzeichen der NSDAP. für Parteigenossen mit der Mitgliedsnummer unter 100 000.

von Ribbentrop in London. Der Beauftragte des Führers für Abrüstungsfragen, von Ribbentrop, ist in London eingetroffen. Wie verlautet, handelt es sich um einen privaten Besuch von Ribbentrop.

Gombos von Rom abgereist. Ministerpräsident Gombos hat Rom verlassen. Mussolini war persönlich am Bahnhof erschienen, um sich bei dem ungarischen Staatsmann zu verabschieden.

Jose Corales ist am Mittwoch in Gijon (Asturien) hingerichtet worden.

Nachado schwer vergiftet. Dem Neupost-Mirror zufolge ist der frühere Präsident von Kuba, Nachado, in einem Dorf in der Nähe von Santo Domingo infolge einer Vergiftung auf den Tod erkrankt. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Neupost sollen alle Speisen Nachados auf Anordnung einer kubanischen Geheimgesellschaft durch einen kubanischen Koch vergiftet worden sein.

In München ist nun der Verein „Deutsches Jagdmuseum“ förmlich gebildet worden. Das „Deutsche Jagdmuseum“ setzt sich zum Ziel, die Hege und Pflege gesunder, kräftiger und den Erfordernissen der Bodenkultur angepaßter bodenständiger Wildbestände, sowie die weidgerechte Jagdausbildung zu fördern und überhaupt das Verständnis und die Liebe für Wild und Jagd und damit zur Heimat und Natur zu wecken und zu pflegen.

Das Glodenpiel im Saarbrücker Rathensturm ist durch Vermittlung des Volksbunds von den deutschen Grenzgebieten gestiftet worden, die bereits ihre Treue zum deutschen Volk in den Abstimmungskämpfen bewährt haben: von Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Westpreußen, Oberpfalen und Kärnten. Das Glodenpiel läßt folgende Weisen als Gruß der Abstimmungsgebiete erklingen: „Schleswig-Holstein meerrunshingen“, den Hohenriedberger Marsch, das Rätiner Heimallied und das Saarlied.

Gottfried Feder zum Professor ernannt. Der Reichskommissar für das Siedlungswesen, Staatssekretär Gottfried Feder, ist zum Honorarprofessor an der Technischen Hochschule ernannt worden.

Birandello Nobelpreisträger. Die schwedische Akademie hat den diesjährigen Nobelpreis für Literatur dem italienischen Dramatiker Luigi Birandello zugesprochen.

Professor Dr. Taute f. In seiner Berliner Wohnung ist der bekannte Schlafkrankheitsforscher, Professor Dr. Taute, Ministerialrat und Referent im Reichsministerium des Innern, im Alter von 57 Jahren gestorben. Als Wissenschaftler von anerkanntem Ruf hat sich Professor Taute unvergängliche Verdienste um die Bekämpfung der Tropenkrankheiten erworben.

Kleines Sportallerlei

Englands Fußballmannschaft gegen Italien. Nach eingehenden Erwägungen hat jetzt der englische Fußballverband seine endgültige Mannschaft für den Länderkampf mit dem Weltmeister Italien am 14. November auf dem Arsenalplatz in London aufgestellt. Für England spielen: Tor: Koff (Arsenal), Verteidigung: Cooper (Derby County), Hapgood (Arsenal); Wäuter: Britton (Coertton), Barter (Derby County), Copping (Arsenal); Stürmer: Matthews (Stoke City), Bowden (Arsenal), Tilson (Manchester City), Bastin (Arsenal), Brool (Manchester City). Ersatz: Gardner (Wston Villa), Carter (Sunderland). Diese Mannschaft ist als außerordentlich stark zu bezeichnen, und der Weltmeister Italien muß alles daran setzen, wenn er erfolgreich bestehen will.

Die deutsche Mannschaft, die am 21. November in Berlin gegen eine Berliner Städtemannschaft ein Winterhockeispiel austrägt sieht: Jakob; Busch, Janes; Bender, Münzberg, Zielinski; Lehner, Siffing, Conen, Szepan, Kobierst.

Straußengebet und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Wiltbacher Tagblatt, Wiltbacher Tagblatt, Wiltbad i. Schwarzwald (Schw. B. Bad) Nr. 10, 24, 75



„Bauhofshotel“
Samstag und Sonntag
Mehlsuppe
wozu freundl. einladet Fr. Frey.



„Grüner Hof“
Samstag und Sonntag
Mehlsuppe
wozu freundl. einladet Karl Fr. Eitel.

Städt. Freibank.
Samstag von 4 Uhr ab
Kalbfleisch
Pfd. 60 Pfg.

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Das seit 26 Jahren bestehende
Konfektionshaus „Globus“
befindet sich jetzt
Leopoldstr. 7
unterhalb Schuhhaus „Bollina“.
Wir führen nach wie vor eine große Auswahl in
Herren-, Burschen- u. Jünglings-Kleidung
zu zeitgemäß billigen Preisen.
„Globus“ Pforzheim
jetzt Leopoldstraße 7
unterhalb Schuhhaus „Bollina“.

Der titl. Einwohnerschaft von Wiltbad zur gef. Kenntnisnahme, daß ich ab morgen Samstag den 10. November ein
Kolonialwarengeschäft
eröffne und bitte um gütigen Zuspruch. Es wird mein Bestreben sein, meine Rundschaft stets gut und reell zu bedienen.
Fritz Krauß, Wilhelmstr. 76.

Pfaff
Nähmaschinen
bestes deutsches Fabrikat zum Sticken und Stopfen bei bequemer Ratenzahlung
Carl Tubach jun. - Tel. 437

beseitigen Ihren lästigen Raucherkatarrh. Sie schützen Ihre Schleimhäute und sind die Hüter Ihrer Gesundheit. Seit 45 Jahren bewährt, 15000 Zeugnisse.
PREIS: 35.40 U. 75 Pfg.

Gegen Kasse kaufe
Kriegsanleihe
Grasser, Fellbach
Lindenstr. 28.

Zu haben bei: Stadt-Apotheke Dr. C. Metzger Nß. H. Stephan; Eberhard-Drogerie Carl Plappert; Elise Bolt; C. Aberg, Inh. E. Blumenthal; Emilie Hammer; Ludwig Kappelmann; Fritz Kloss und wo Plakate sichtbar.

Opfer sind Bausteine für eine neue Zukunft
Brecht Euer Brot Mit Brüdern in Not!

Sämtliche Geschäfts- u. Familiendrucksaachen
liefert schnell und preiswert
die Druckerei Wiltbacher Tagblatt.